

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschicht: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Zentrale: 25241  
Für die Nachschreiber: Nr. 20011  
Schulstr. 1 u. Hauptstraße 10/11  
Dresden-N. 1, Marienstraße 28/29

Bezugsgebühr vom 16. bis 20. September 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.  
Postbezugspreis für Monat September 3,40 RM. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnnummer 10 Pfg.  
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Gebotsart berechnet: die halbpaltige 30 mm breite Zeile  
25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außer-  
halb 25 Pfg., die 80 mm breite Werbeanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Effertengebühr 50 Pfg.  
Unzulässige Aufträge gegen Übernahme

Druck u. Verlag: Rieph & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Copyrightangebe  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche  
Schriftzüge werden nicht aufbewahrt

## Jubel in Paris

### Frankreich träumt von ewiger Kontrolle im Rheinland nach erkaufter Räumung

Paris, 17. Sept. Die Pariser Presse bespricht eingehend das offizielle Kommuniqué, das nach der Genfer Sechsmächte-Besprechung vom Sonntag veröffentlicht wurde. Dabei wird hervorgehoben, daß in dem Kommuniqué dem Nachhaken und dem Geschehen nach offiziell die Frage der Rheinlandräumung, der Regelung der Reparationen und der Sicherheit miteinander verbunden worden seien. Jede Beweisführung, die darauf abzielte, diese Fragen seien getrennt behandelt worden und ihre Lösung würde in getrennten Verhandlungen gesucht werden, sei falsch. Eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Tage sei, daß der

#### Grundlag einer Gegenseitigkeit für eine vorzeitige Rheinlandräumung endgültig angenommen

worden sei. Was die Sicherheitsfrage angehe, so finde man in dem Kommuniqué die Bestätigung dafür, daß die alliierten Regierungen in keinem Augenblick diese Seite der Rheinlandfrage außer acht gelassen hätten. Als wichtige Tatsache müsse ferner vermerkt werden, daß Deutschland den Grundlag der Einsetzung eines Sonderorgans anerkannt habe, das dazu bestimmt sei, den alliierten Regierungen im allgemeinen und Frankreich im besonderen in der entmilitarisierten Zone die notwendige Verhütung zu geben. Im einzelnen steht der selbstamtliche „Petit Parisien“ in dem Abschluß der Vorbereitungen den Beginn der eigentlichen Verhandlungen. Einen Vorteil für Deutschland erblickt das Blatt darin, daß Reichskanzler Müller auf der Baden-Seite für seine Regierung und vor der öffentlichen Meinung Deutschlands das erste offizielle Zugeständnis der Alliierten im Sinne einer vorzeitigen Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone machen könne. Das offizielle Kommuniqué bringe viel oder nichts: Es bringe viel für eine endgültige Lösung der moralischen Konflikte aus dem Kriege. Es bringe nichts, wenn Deutschland nicht durchaus loyal seine Pflichten gegen die Alliierten und besonders gegen Frankreich erfülle. Der „Excelsior“ bezeichnet es als logisch, daß

#### die Feststellungs- und Veröhnungskommission so lange im Amte bleibe, wie die Garantie der französisch-deutschen Grenze durch England und Italien laufe (also bis in alle Ewigkeit!).

Auch der „Matin“ ist der Auffassung, daß die Feststellungs- und Veröhnungskommission ewigen Charakter haben sollte. Es wäre absurd, eine derartige Einrichtung in ihrer Dauer auf sechs Jahre beschränken zu wollen.

## Der Reichskanzler bei Stresemann

Berlin, 17. Sept. Der Reichskanzler, der zur Stunde in Baden-Baden weilte und dort Besprechungen mit dem Reichsaussenminister Stresemann hat, wird morgen vormittag in Berlin eintreffen. Einige ist man sich heute in allen politischen Kreisen darüber, daß das, was in Genf erreicht worden ist, nirgends beklagbar kann. Auch der Trost der Linkspresse, daß man wenigstens in freundschaftlichen Formen und nach einem gemeinsamen Frühstück auseinandergegangen sei, ist politisch nur sehr gering zu veranschlagen, wenngleich ihn der in Genf hinter den Kulissen mitspielende Chefredakteur der „Sossischen Zeitung“, Georg Bernhard, sogar einen Leitartikel lang unterstreicht. Der Gang der Entwicklung wird vermutlich zunächst der sein, daß das Reichskabinett alsbald zusammentritt, um zu

besprechen, auf welchem Wege nun die diplomatischen Verhandlungen, die in dem gestern in Genf ausgegebenen Kommuniqué vorgesehen sind, in Gang zu bringen seien, und ob man überhaupt noch der Ansicht ist, auf diesem Wege Erspriechliches erreichen zu können.

#### Sehr merkwürdig bleibt nach wie vor die in Genf beschlossene Einsetzung eines Sachverständigenkomitees für die Endlösung der Reparations- und Schuldenlösung.

Bereits am Sonnabend erklärte Graf Westarp in seiner großen Rundgebung der Deutschnationalen Volkspartei, daß es unter keinen Umständen angängig sein könnte, die Beratungen über das Reparationsproblem einzuleiten, ohne den Hauptgläubiger, nämlich Amerika, zuzuziehen. Es ist in Berlin ein offenes Geheimnis, daß man mit einiger Skepsis und wachsender Verstimmung in amerikanischen diplomatischen Kreisen diese Verhandlungen der Gläubiger unter sich beobachtet. Graf Westarp konnte bereits darauf aufmerksam machen, daß es nicht im Interesse der deutschen Politik liegen könne, das deutsch-amerikanische Verhältnis durch derlei Verhandlungen zu belasten, da ja Deutschland heute in harkem Maße, vor allem wirtschaftlich und finanziell, von Amerika abhängig sei. Auch in der Wilhelmstraße macht man sich über dieses Moment lebhaft Gedanken, um so mehr, als bereits vom deutschen Botschafter in Washington ein Bericht vorliegen soll, in dem

#### vor den möglicherweise eintretenden Verstimmungen in Amerika ernstlich gewarnt

werden soll. In Genf Kreisen, meldet ein Berliner Mittagsblatt, spreche man davon, daß am Ende der Sachverständigenverhandlungen eine neue Konferenz in Locarno zusammenzutreten werde, daß für diese aber als provisorisches Datum erst das nächste Frühjahr vorgesehen sei. Wichtig sei ferner, daß Briand sich gestern geäußert habe, die Verhandlungen brauchen bei „autem Willen“ mindestens zwei bis drei Monate, aber allerlängstens ungefähr ein halbes Jahr. (!)

## 45 Milliarden als Gesamtreparationssumme?

London, 17. September. Der britische Hauptvertreter in Genf, Lord Cushendun wird am nächsten Sonntag nach London abreisen, wo eine Sitzung des Kabinetts stattfindet. Die Haltung Cushenduns in Genf wird, wie man hofft, der Regierung Baldwin erheblichen außenpolitischen Kredit bringen.

Der Genfer Vertreter der „Daily News“ will wissen, daß in politischen Kreisen von einer Gesamtreparationssumme von 40 bis 45 Milliarden Mark (?) die Rede sei.

Diese Summe werde als ausreichend bezeichnet, um die Verpflichtungen der europäischen Länder an Amerika zu decken und einen kleinen Ueberschuß zu erhalten.

Die Verhandlungen über diese Frage würden allerdings erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Für die Festlegung eines endgültigen Reparationsplanes gebe es zwei Wege, und zwar die Ausarbeitung eines Plans auf verhältnismäßig schmalen Grundlag innerhalb der Leistungsfähigkeit des europäischen Weltmarktes und die von der Mitwirkung Amerikas abhängende Vereinfachung eines umfangreichen Planes. Man hoffe in verschiedenen Kreisen, daß Amerika auf dieser Mitwirkung bereit sein werde, sobald es den ersten kleineren Plan sehe.

## Der Start des Zeppelins erneut verschoben

### Stwind mit Regen in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 17. Sept. Auch am heutigen Montagmorgen gab es in Friedrichshafen eine Enttäuschung. Das Luftschiff wird auch heute noch nicht fliegen. Die erste Probefahrt ist wieder verschoben worden. Das Wetter hat sich nämlich erneut verschlechtert. Es regnet in Friedrichshafen, und wenn auch der Regen keine Bedeutung hat, um so mehr der Stwind, von dem der Regen begleitet ist. Vom Reichsverkehrsministerium ist inzwischen die Genehmigung für Fahrten mit Benzin als Betriebsstoff eingelaufen. Dr. Eckener erklärte, daß er den heutigen Tag dazu benutzen wolle, gewisse technische Fragen dem Reichsverkehrsministerium und der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt gegenüber zu klären. Er ist überzeugt, daß dann auch die Genehmigung für Fahrten mit dem neuen Treibstoff erteilt werden wird, zumal die Zeppelin-Gesellschaft bereits vorher zu viele Versuche mit dem neuen Betriebsstoff gemacht hat, daß der Antrieb des Luftschiffes mit ihm nach Auffassung der Sachleute der Zeppelingeellschaft sogar sehr viel sicherer ist als mit Benzin. Für die ersten Fahrten war allerdings Benzin sowieso vorgesehen, da bekanntlich das Treibgas noch nicht in ausreichendem Maße

handen ist und deshalb für die großen Fahrten aufgegeben werden soll.

Dr. Eckener hofft jedenfalls im Laufe des heutigen Tages alle Schwierigkeiten zu klären, die mit den amtlichen Zulassungsstellen noch bestehen.

Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Haltung der Berliner Stellen selbst das Bestreben nach einer baldigen Räumung zum Ausdruck bringt. So wie die Dinge im Augenblick liegen, kann man wohl annehmen, daß die erste Fahrt des „Graf Zeppelin“ nun morgen, spätestens übermorgen stattfinden wird. Inzwischen wird nach Ansicht der Wetterfachverständigen auch das Hoch, das über den nördlichen Teilen Deutschlands liegt, sich bis zum Bodensee ausgewirkt haben. (WZB)

## 1000 Todesopfer auf den Bahama-Inseln

New York, 17. Sept. Berichte aus San Juan erzählen von furchtbaren Verwüstungen auf den Bahama-Inseln, von 1000 geschätzten Todesopfern und vielen Millionen Dollar Schaden.

## Zukunfts- oder Augenblickspolitik? Das Genfer Ergebnis

Vergebens fräut sich der politische Beobachter, wenn er die Genfer Formeln über das Räumungs- und Reparationsproblem durchdenkt, gegen den Eindruck, daß wieder einmal in einer deutschen Schicksalsfrage gegen das deutsche Interesse entschieden worden ist. Aber alle Wenn und Aber, die um das neueste Kompromiß gewunden sind, helfen nicht hinweg über folgende Feststellungen: In der Räumungsfrage, dem Kern der diesmaligen Genfer Verhandlungen, ist nichts, aber auch gar nichts erreicht worden. Das brutale Nein, das Frankreich bereit hielt, gegenüber dem klaren deutschen Rechtsanspruch, ist zwar unausgesprochen geblieben, dank einer geschickten Verhandlungsregie, der die deutsche Abordnung in den letzten Tagen nur allzu willig Folge geleistet hat. Die unmittelbare, wenn auch uneingeschänkte Folge dieses ersten Unfalles — es gibt kein anderes Wort dafür — ist der von der Gegenseite bereits dankend einseitigene Verzicht auf den juristischen und moralischen Anspruch einer vorzeitigen und bedingungslosen Räumung. Dieser Grundlag, bis zur Eröffnung der Sechsmächte-Besprechungen von der ganzen deutschen Öffentlichkeit bis hinein in die sozialdemokratischen Reihen verteidigt, ist kläglich in der Vertiefung verschwunden. Schuld daran ist in der Hauptsache — auch das muß festgehalten werden — die Vermittlungsoffenheit, die von Seiten der linksparlamentarischen Abdelegation gegen die verantwortliche Abordnung gerichtet wurde. Die Kullissenarbeit der Herren Breitscheid und Bernhard spiegelt sich zu deutlich in dem vorliegenden Ergebnis wider. Ihr Kampf gegen die „Prinzipienreiterei“ der deutschen Verhandlungsführer, ihre Angst, daß sie nach dem Abbruch mit leeren Händen dem Reichstag gegenüberzutreten müßten, hat dem deutschen Angriff seine ursprüngliche Stoßkraft genommen und die Verteidigung unterhöhlt. Besser aber wäre es gewesen, und leichter hätte sich der Kanzler verantwortet, wenn er zwar mit leeren Händen, aber auch ohne die Preisgabe der elementarsten deutschen Rechte zurückgekommen wäre.

Denn auch die andere Seite der Genfer Bilanz sieht traurig aus. Es ist entgegen dem Kabinettsbeschluss vom Sonntag kein irgendwie bestimmbarer Termin für die Räumung festgelegt worden. Briands große Worte, das Versprechen der Befreiung der zweiten Zone als Anerkennung für die deutsche Gutmütigkeit, ist ausgeblieben. Von dem Zeitpunkt für die Räumung der dritten Zone ist vollends nicht die Rede. Langwierige und völlig aussichtslose Verhandlungen auf diplomatischem Wege sollen erst die Grundlagen schaffen, auf denen die Möglichkeit früherer Räumung entstehen kann. Und der Weg dazu ist mit einer Reihe weiterer deutscher Vorleistungen gepflastert, die grundfänglich teils schon angefallen sind und zum Teil noch erwartet werden. Da ist zunächst die neu ins Leben gerufene Reparationskommission. Sie soll in ihren Beratungen die Räumungs- und Reparationsfragen beileide nicht verquiden, sondern nur „parallel“ verhandeln. Hier liegt schon das erste deutsche Zugeständnis; denn kein Kind wird sich durch diese Formel darüber täuschen lassen, daß sich die Räumungsmöglichkeit nur nach Maßgabe der größeren oder geringeren finanziellen Opferwilligkeit Deutschlands eröffnen wird. Das heißt, daß jeder Fußbreit vertragswidrig befestigten deutschen Bodens dem Franzosen mit barem Gelde abgekauft werden soll. Poincarés Rechnung liegt jetzt klar zutage: Er muß im nächsten Jahre das ihm äußerst unumgängliche Schuldenabkommen mit Amerika ratifizieren oder einen Betrag von 400 Millionen Dollar in bar bezahlen. Er könnte sie ohne weiteres in Form einer Anleihe dem großen Goldbestand der Bank von Frankreich entnehmen, aber als guter Rechner und Geschäftsmann scheut er die Zinsen. Und bei diesem Punkt findet er die Wiederanknüpfung an Tabor. Die benötigte Summe von 10 Milliarden Papierfranken soll Deutschland im Rahmen des sog. „kleinen Finanzgeschäfts“ in Europa aufbringen. Praktisch gesprochen: es soll diese Summe bei Frankreich gegen Zinsen borgen unter Mobilisierung eines Teiles der Eisenbahnobligationen, und es soll dann den Betrag wieder an Frankreich zurückzahlen. Die Zinsenlast trägt über die Dawesverpflichtungen hinaus der deutsche Steuerzahler. Trotz aller Komplikationen eine einfache Rechnung. Nur steht sie im Widerspruch zu der deutschen Auffassung, daß für die Rheinlandräumung keine zusätzlichen Leistungen gewährt werden können. Ganz abgesehen davon, daß es nicht denkbar ist, wie dem deutschen Staatshaushalt neben den bereits als untragbar erkannten Dawestributen Hunderte von Millionen für Zinsentilgung aufgebracht werden können. Und selbst wenn sich das alles einrenken lassen sollte, bleibt es doch unerfindlich, wie eine Vereinbarung zustande kommen soll, wenn Amerika fortfährt, sich solchen Plänen gegenüber unbedingt ablehnend zu verhalten. Eine Verstimmung gegen Deutschland in Amerika darf aber auf keinen Fall eine Nebenfolge dieser unerquicklichen Verhandlungen werden.

bleibt noch als letztes und schwerstes deutsches Zugeständnis die Zustimmung zur Einsetzung eines Kontrollkomitees im Rheinland. Das Kind soll zwar einen schöneren Namen bekommen, aber das ändert nichts an den Tatsachen. Die Pariser Presse hat recht, wenn sie jubiliert: Die Schranken sind gefallen. Entgegen allen Versicherungen, daß es in diesem Punkte kein Paktieren gebe, hat sich die deutsche Regierung auf die schiefe Bahn begeben, auf der es kein Halten gibt. Für einen zeitlichen Vorteil soll dauernde Schmach eingehandelt werden. Das geht zwar nicht aus dem deutschen Kommuniqué, aber um so deutlicher aus den Auslassungen der Verhandlungspartner hervor. Die zeitliche Beschränkung wird von ihnen gelegentlich und sie ist auch nicht angezogen, den Eindruck einer vollen deutschen Niederlage abzumildern, da die nationale öffentliche Meinung ihre An-